

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zahlung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Am nächsten Zeitungsberechnung
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
Für unentgeltlich eingehende Anzeigen
wird keine Vergütung übernommen.
Anzeigen nur mit Druckansgabe:
„Saale-Zig.“ gestattet.
Herausgeber der Zeitung Nr. 2535; Ver-
waltung Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176;
Redaktionsstelle (Markt 4) Nr. 2265.

Saale-Beitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle von unterm. Annoncenbüros
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Reklamen die Seite 75 Pf.

Erscheint wöchentlich fünfmal;
Sonntags und Feiertagen einmal,
sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, Gr. Braunschweiger 17;
Redaktionsstelle: Markt 4.

Nr. 131.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 18. März

1905.

Politische Wochenchau.

In einer Sitzung des Seniorenrates des Reichstags wurde nach dem preussischen Müller ein Programm aufgestellt, um die Erledigung des Reichshaushaltsgesetzes bis zum 1. April zu sichern. Aber die Mehrheit und die geringe Präsenz werden wohl die löbliche Arbeit zum Scheitern bringen. Der Reichstag genehmigte in 2. und 3. Lesung die Minderung des § 113 des Gerichtsverfassungsgesetzes, sowie die Gewährung von Sonntagsruhe für die Staatsbeamten durch Änderung des Zivilstandsgesetzes und führte die 2. Beratung des Reichsamtgesetzes des Innern zu Ende. In dem sich tagelang hingehenden Verweil zwischen Müllern und Zübel über die Differenzen zwischen den Frankfurter und Aertzen errang Müllern den offensichtlichen Sieg. Durch Schimpfen und persönliche Ausfälle konnten die von ihm vorgebrachten Tatsachen nicht aus der Welt geschafft werden. In glatter Reihenfolge erledigten sich folgende Etatspositionen des Reichsamt des Innern: das Bundesamt für Heimatwesen, das Statistikamt, das Kaiserliche Gesundheitsamt, die Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft, das Patentamt, das Versicherungsamt, das Patentamt und das Luftschiffamt für Privatversicherung. Eine Resolution Baumann, die Beaufichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln durch die Landesbehörden einheitlich zu regeln, gelangte zur Annahme, desgl. eine Resolution Müller (Meinungen), welche für den Verkauf von Geheimnissen und für ihre Einführung durch die Preise einheitliche reichsgesetzliche Vorschriften erlassen wissen will. Bei dem Titel „Patentamt“ plädierte der Nationalliberale Dr. Wötger für eine Reform des Patentgesetzes, sowie des Schutzes von Gebrauchsmustern und Warenbezeichnungen. Eine bezügliche Resolution gelangte zur Annahme. Außerdem beschloß der Reichstag, bei der Annahme des allgemeinen Pensionsfonds, der Regierung nachzugehen, in einem Nachtragsetz Mittel zur Deduktion für die Veteranenbeiträge zur Verfügung zu stellen. Die Regierung sagte die Einbringung eines Nachtragsetzes von 260.000 Mark zu diesem Zwecke zu. Bei der s'dann beginnenden Beratung des Etats des Reichskanzlers und der Reichsanwalt verließ der Reichstag das Gebiet der inneren Politik, um sich der Erörterung auswärtiger, besser verfassungsgerechter Fragen zuzuwenden. Der Sozialdemokrat hatten vier Resolutionen eingebracht, das Zentrum zwei Mitträge zur Debatte gestellt, und einen die Polen. Die Anregungen der Sozialdemokraten betrafen zunächst die Frage der reichsgesetzlich zu sichernden Sicherung der Arbeitsverhältnisse der Ausländer im Deutschen Reich. Ihre Forderungen zielten ferner auf eine Aufhebung der Landbesetze über die vollständigen Aufenthaltseinschränkungen ab und auf eine Kündigung der preussischen und bayerischen Auslieferungsverträge mit Ausland. Außerdem verlangten sie ein Gesetz, welches dem Reichskanzler eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortlichkeit auferlegt. Das Zentrum suchte ein Verbot des Reichstags in der e'lass-Lothringischen Frage herbeizuführen und trat für die Erhebung der Reichslande zum vollberechtigten Bundesstaat ein. Außerdem eruchte es um die jährliche Vorlegung einer tabellarischen Uebersicht über die im Laufe eines Jahres stattgefundenen bundesstaatlichen Entschliessungen. Die Anregung der Polen bezog sich gleichfalls auf den Aufenthalt der Ausländer im Deutschen Reich. Die Debatte, die gestern den dritten Tag wahrte, hat bedeutende Höhenpunkte bisher nicht erreicht. Der Reichskanzler ging zunächst auf die e'lass-Lothringische Verfassungsfrage ein. Die Angelegenheit sei noch nicht genügend geklärt, um die zum Teil recht schwierigen und hochpolitischen Fragen, die sie umschließt, bereits jetzt zu lösen. Die Regierung müsse sich vorbehalten, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem eine Aenderung der verfassungsgesetzlichen Stellung e'lass-Lothringens angebracht erweise. Wie erinnerlich, wurde die e'lass-Lothringische Verfassungsfrage am 18. Oktober vorigen Jahres angenommen, als der Landesauschuss für e'lass-Lothringens einstimmig beschloß, die Landesregierung zu erwidern, beim Reichskanzler um die Erhebung e'lass-Lothringens zum Bundesstaat zu petitionieren. Der Reichskanzler hob unter den zahlreichen Schwierigkeiten der Frage vor allem die hervor, daß schwer zu entscheiden sei, wer die e'lass-Lothringischen Stimmen vertreten solle. Der Kardinalvater in Rom hat sich für die Reichsverfassung, der das bisherige Stimmverhältnis im Bundesrat festsetzt. Das selbständige Eintreten e'lass-Lothringens in den Bundesrat muß das alte historische Stimmverhältnis beinhalten, und je nachdem entweder das Gewicht der preussischen Stimmen gegenüber den Mittelstaaten oder umgekehrt das Gewicht der Mittelstaaten gegenüber Preußen vergrößern. Dabei ist je nach nicht einmal über die Frage im klaren, ob die jetzt existierende Stimmzahl der Mitglieder des Bundesrats durch die Erhebung e'lass-Lothringens zum Bundesstaat eine Vermehrung erfahren soll oder nicht, ob vielleicht mehrere kleinstaatliche Stimmen zusammengelegt werden sollen, um den drei neuen e'lass-Lothringischen Stimmen Platz zu machen; das letztere wäre doch immerhin auch möglich. Eine wichtige Folge der Souveränität wäre auch die völkerechtliche Konsequenz, daß e'lass-Lothringens, innerhalb gewisser von Reichs festzulegender Grenzen, Gebietsänderungen und internationale Verträge abschließen dürfte. Man sieht, daß allerorts Probleme aus dem Boden sprächen, wohn man in der e'lass-Lothringischen Frage auch den Fuß legen mag. Daß der Abg. v. Kollmar und nach ihm Bebel wieder den Aufschwung der Regierung zur Sprache bringen würden,

konnte man voraussehen. Die feste Wiederkehr derselben politischen Erörterung wird aber nachgerade ermüdend. Der Reichskanzler war in seiner Verteidigung gleichfalls schwach. Auch wir sind für die Innehaltung einer stillen Neutralität; von Liebedienerei gegen das Jorenrecht will das deutsche Volk nichts wissen; es ist klar Obacht darauf zu geben, daß nichts geschieht, was wie eine Begünstigung Auslands ausseht. Etwas geheimnisvoll klang des Kanzlers Erklärung in der Maroffrage. Trotz des englisch-französischen Abkommens und aller möglichen Verluste Delassoffs, sich friedlich mit dem Sultan von Maroffo auseinanderzusetzen, scheint die französische Politik in dem nordwestafrikanischen Sultanstaat auf den toten Strang geraten zu sein. Welcher Art die deutsche Einflußnahme sein wird, um die von Pariser Blättern angeündigt wird, weiß man nicht. Aber daß irgend etwas im Werte ist, erhebt unter anderem auch aus dem Besuch des deutschen Kaisers bei dem französischen Vorkämpfer in Berlin. Der Kaiser hielt im Reichstage mit einer Befanngabe der Art der Verhandlungen und ihrer Ziele zurück. Vermutlich wird man indes bald etwas Näheres erfahren. Das deutsche Auslieferungsgesetz, die einzelstaatliche Fremdenpolizei und alles was damit zusammenhängt, wurde in ziemlich unangenehmer Weise hin und her besprochen. Ein einseitig deutsches Fremdenrecht ist nach den Erklärungen Hofadomskys fürs erste nicht zu erwarten. Auch eine Kündigung der Auslieferungverträge Baperns und Preußens mit Ausland konnte der Staatssekretär nicht in Aussicht stellen. Büchlich der von den Sozialdemokraten geforderten praktisch-greifbaren Verantwortlichkeit des Reichskanzlers führte der Abg. Schrader von der freimüthigen Vereinigung überzeugend aus, daß so lange eine Verantwortlichkeit des Reichskanzlers unmöglich sei, als das Reich keine parlamentarische Regierung habe. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichs sind nur die Beauftragten der verbündeten Regierungen, wie sie im Bundesrat verortet sind. Der Bundesrat ist aber eine Behörde, die ohne Verantwortung ihre verfassungsmäßigen Funktionen ausübt. So lange es ein tatsächliches Reichsministerium oder eine tatsächliche aus selbständigen Ministern bestehende Reichsregierung nicht gibt, wird es nicht möglich sein, dem Reichskanzler Verantwortlichkeit beizulegen, da er doch nur die Aufträge des Bundesrats zu vollziehen hat. Gabe es eine Verantwortlichkeit unter den gegenwärtigen Umständen, so könnte es nur eine gegenüber dem Bundesrat, nicht aber gegenüber dem Reichstage sein. Erst wenn die verfassungsmäßige Struktur des Reichskanzlerpostens vollständig geändert würde, könnte man dazu übergehen, dem Reichskanzler faktische Verantwortlichkeit zuzuwenden. Ueber die antisemitischen Vorurteile des Grafen v. Helldorf über das Nationenproblem kann man sich wenigstens hinwegsetzen. Einen letzten Moment hatte er indes, und zwar, als er die Kaiser Woche für eine Sache des Selbstbesitz erklärte. Es schloß er allerdings manch ein Karvenne an der Waisentante mit der Spitze umher, der nicht, auf dem nicht mehr ungenüßlichen Umwege über den Wasserport mit höchsten Kreisen in Verbindung zu kommen. Im preussischen Abgeordnetenbauhe wurde die zweite Lesung des Etats beendet, und die Gesegnetwürde über die Erweiterung der Staatsfreie Dortmund und Königsberg in dritter Lesung angenommen. Beim Etat der indirekten Steuern gab Finanzminister von Rheinbaben die bemerkenswerte Erklärung ab, daß bei der Reichsfinanzreform an eine Reichseinkommensteuer nicht gedacht werden könne und daß Preußen auf die Einnahmen aus seiner bisherigen Erbschaftsteuer, die 11 Millionen Mark einbringt, nicht verzichten werde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Reichsfinanzreform gleichwohl auf die Erbschaftsteuer zurückgreife. Doch würde der Gestaltungs- und Berechnungsmodus immerhin technisch recht kompliziert ausfallen. Die Beratung des Etats der Anstaltungskommission für Westpreußen und Polen gab dem Abgeordneten Anionch von der freimüthigen Volkspartei Anlaß zur Einbringung eines Antrages, worin die Regierung erucht wird, zwei lauffähig vorgebildete Militärtruppen mit dem Rang und den Bezügen von Regimentsführern in Dienst zu stellen. Es handelt sich dabei, lauffähig ererbene Herren in Dienst zu stellen, die durch ihre Einflußnahme auf die Korngesellschaften des Reichs dem Reichsamt der dortigen Landesbesitze vorzuziehen sollen. Mit Recht führte Abg. Friedberg an, daß das Korngesellschaftsamt zum Ruine des kleineren Gändlerlandes in der Provinz Posen führe. Der Antrag Anionch ging an die Budgetkommission. Bei der Erledigung des Etats der Lotterieverwaltung gelangten die drei Lotterieverträge mit den beiden Niederlanden und Lützel zur Annahme. Die Einlegung eines Regierungspräsidenten in Alersheim wurde genehmigt. Desgleichen beschloß das Haus die Erhebung der Ministergehälter auf je 14.000 M. und der Ministerpensionen und stimmte einem Antrage Friedberg auf Aufhebung der Ziffer 5 des § 10 des Pensionsgesetzes zu. Die Idee, auch dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Repräsentationsgelder zu gewähren, wurde im Seniorenrat wieder aufgegeben. Das Haus nahm ferner in dritter Lesung die Novelle zum Pensionsgesetz an und erledigt heute voraussichtlich die dritte Beratung des Etats. Mit dem Fortschreiten der Arbeiten in der Toleranzkommission ging das Nachgeben des Zentrums beim Seeresetz der in der Budgetkommission Hand in Hand. Es brachte selbst einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsforderung von 510 Estadrons ein, und hielt nur noch Einmündung finanzieller Natur an. Der Militäretat kommt also diesmal ohne große Kontroverse zustande, zumal

der Finanzminister ankündigt, daß die zur Befreiung der Wehrausgaben vorgehene Aufschubanleihe von 22 Millionen Mark befristet und diese Ausgaben auf die Matrularbeiträge übernommen werden sollen. Im ganzen hat die Budgetkommission 2.265.000 M. Abträge von den Regierungsforderungen gemacht. In Südwestafrika hat wieder ein äußerst verlustreiches Gefecht stattgefunden. Die Annahme, daß Genrit Witbooi auf englisches Gebiet flüchtet sei, erweist sich als irrig. Er befindet sich vielmehr, wenn auch leicht verundet, an der Spitze seiner Truppen. General Trotha, der seine Rückberufung beantragt haben will, meldete in längeren Depeschen die Verteilung der deutschen Standquartiere. Es heißt, daß alle zwei Monate ein Truppennachschub nach Südwestafrika abgehen soll, um die dort bestehenden Truppenteile in Feldmächtig Zahl zu erhalten. Das Ende des Krieges ist noch immer nicht abzusehen. Der deutsche Kaiser unternahm im Laufe der Woche eine Fahrt nach Oldenburg, wo er den Großherzog besuchte und von da nach Wilhelmshaven, wo er bei einer Meeresüberfahrt auf die Japaner als kriegerisches Vorbild hinwies, eine Aeusserung, die in Japan viel Anklang fand. Nach einem Ausflug nach Helgoland kehrte der Kaiser über Bremen nach Berlin zurück. Auf seiner demnachst beginnenden Mittelmeerfahrt wird ihn a. d. der in letzter Zeit vorgenannte Ministerialdirektor des Kultusministeriums, Geheimrat Althoff begleiten, wie wenigstens die „Germania“ erklärt, die ja bei dem jetzigen Kurs am besten Bescheid wissen muß. Der in Eisenach stattgehabte Hochschultag führte zu einem alle Universitäts-, Hochschul- und Bergakademie-Studentenvereine umfassenden Verbands, der sich einmütig für die Abtragung der akademischen Freiheit und für die Abwehr des professionell-ultramontanen Absonnerungs-Systems auf den Hochschulen aussprach. Auf dem Varenbergs am Fuße des Hunsrückdenkmal steht Professor Dühmelle eine sündende Rede. Aufsehen erregte die Antwort des Kaisers auf das Hochschultelegramm der Studierenden. Die „Germania“ stellte es so dar, als habe die Studentenpflicht damit bei ihren Vorkämpfern „eine uralte Dreizeige“, wie sie sich vielfach ausdrückt, erhalten. Davon kann gar keine Rede sein. Die Studenten, die sich in Eisenach versammelten, beabsichtigen keineswegs gegen irgend welche Religion terroristisch vorzugehen, sondern wünschen nur unter der Achtung vor der Ueberzeugung Andersgläubiger das deutsche Studententum vor der unaussprechlichen nationalen Zerstückelung zu bewahren, die die wüßige Propaganda ihm zu bringen beabsichtigt. Es würde sich erübrigen zu weit gehen, wie hier bereits schon öfters ausgesprochen worden ist, wenn man ein Verbot professioneller Studentenverbindungen antrifft. Die nicht ultramontane Studentenschaft darf das Heil der Zukunft nicht von beherrschenden Verböten oder Genehmigungen abhängig machen, sondern muß selbst zu einer inneren Neubelebung ihrer eigenen Prinzipien streben und in sich das nun erwachte Bewußtsein ihrer Aufgabe wach erhalten. Letzter Tage wurde die unlängst gemeldete Nachricht von dem Eindringen des konfessionellen Absonnerungs-systems, wie es bei dem katholischen Unteroffizierskranzchen in Bromberg in die Erscheinung trat, offiziell in Abrede gestellt. Alle Zweifel hat das Dementi indes nicht beseitigt. In e'lass-Lothringen aber mehren sich die sog. Famede Fälle. Ein Friedhöfsarbeiter nach dem anderen wird befannt; er freiwillig, dazu schweigt die sonst so geschäftig redende „Germania“.

In Italien ist das Ministerium Fortis gescheitert. Nun soll Tittoni, der bisherige Minister des Auswärtigen, interimistisch das Ministerpräsidium und das Innere übernehmen. Die italienische Regierung plant große Befestigungsbauten im Werte von 20 Millionen Lire an der österreichischen Grenze, indem sie so eine Illustration zur Festigkeit des Dreihund liefert, die in der Tat äußerst merkwürdig zu nennen ist. Defterreich erlebte die Fortsetzung letzter Los von Ungarn-Debatte. Die deutschen Abgeordneten treten sehr bestimmt für die wirtschaftliche Trennung von Ungarn und die Volksgemeinschaft mit dem Deutschen Reich ein. In Ungarn lebt die Kritik noch immer auf demselben Niveau. König Franz Josef wird eine neue Reise nach Budapest unternehmen und abermals alle möglichen politischen Verantwortlichkeiten um Rat fragen. Franz Joseph befindet sich in ein detailliertes Programm zur Herstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes. In England hat sich Balfour bisher gegenüber der Opposition behauptet. Der Marinetat wurde mit 215 gegen 84 Stimmen angenommen. Das Budget soll einem Interzessionsbeschluss gemäß bis zum 1. April länger unter Dach und Fach gebracht werden. Aufsehen erregte ein Brief Chamberlains an seine Schwester in Birmingham, worin folgender Passus vorkommt: „Ich glaube, daß binnen kurzen die Zeit verannaben wird, wo ich Sie wieder einmal um Ihr Vertrauen bitten muß. Ich werde mir d'min erlauben, zu hoffen, daß Birmingham wieder einmal die Führung auf dem Wege zu einer großen notwendigen Reform übernehmen wird.“ Danach kann man auf die baldige Auflösung des englischen Parlaments gefaßt sein. Im englischen Unterhaus wurden auch der deutsche Flotte wieder einige bemerkenswerte Worte gewidmet; doch ging es diesmal ohne scharfe Ausfälle ab. Die Konfessions-Kommission ist in diesen Tagen nach Brüssel zurückgekehrt und hat die Anträge, die von englischen Missionaren erhoben wurden, befragt gefunden. Der konfessionelle Leutnant Majord wurde im Anschluß an die Entbillungen verparfekt. König Leopold beabsichtigt, eine Reform an Haupt und Gliedern

...wischen uns zur Zeit stehen. Wir haben also das Bedürfnis, die ...

...versichern und erklären, daß sie nur deshalb die ...

Kunst und Wissenschaft.

1. Hochschulausrichten. Dem Präsidium der ...

Wissenschaften in Korea.

18. März. Die „Korea Science“ meldet aus Seoul ...

Mittheilung Arbeitstag.

London, 18. März. Im Unterhaus wurde das Gesetz ...

Der Krieg in Ostasien.

18. März. Die Berliner Telegraphen-Agentur ...

Stößt als Angefallter.

18. März. Unter dem Vorhitz des Reichspräsidenten ...

Berlin, 18. März. Der Kaiser nahm gestern Abend an einem ...

Berlin, 18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

Ausland.

Der Krieg in Ostasien.

Eine Schlacht bei Tientsin?

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

General Genschow.

Der mit dem Oberkommando aller russischen Streitkräfte ...

Die Unruhen in Rußland.

Zur Unterdrückung von Unruhen in Rußland auf zwei ...

Die Unruhen in Rußland.

Zur Unterdrückung von Unruhen in Rußland auf zwei ...

Die Krisis in Ungarn.

In Budapest herrscht allgemein die Ansicht, der König ...

Oesterreich-Ungarn.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza ...

Fürst.

18. März. Der Reichspräsident meldet die Ernennung ...

Provinzialnachrichten.

1. Ammerort, 17. März. (Kirchengeschichtl.) Ein hier ...

1. Nürnberg, 17. März. (Ein Südbayrischer Kampfer) ...

1. Bielefeld, 17. März. (Abgangsbekanntmachung) ...

1. Bitterfeld, 17. März. (Schillerfeier.) Gestern Abend ...

1. Genu, 17. März. (Volkbewegung.) Sämtliche hiesige ...

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

1. Götting, 17. März. (Für die Erlangung der ...)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Deutscher Phönix-Versich.-Akt.-Ges. Für 1904 wird in der ...

Der Ancherer Hütten-Aktienverein „Rote Erde“ wird im ...

Aktienwerke Sigmundshall. Die Verhandlungen mit dem ...

Rio de Janeiro, 16. März. Wechsel auf London 14.

Preise von Kalk-Kuxen, festgesetzt von Samuel Zielenziger, Berlin u. Essen, 17. März

Table with 4 columns: Name, Gold Brief, Silber Brief, and another column. Rows include Alexandershall, Beierrode, Benthos Aktien, etc.

Kaliverte fest, Nachfrage für Beierrode, Siegfried und Heldburg.

Waren- und Produktenberichte. Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

Berlin, 17. März. Fränkmarkt. Weizen, märker 173,00-174,00 ab ...

Teile Nachrichten und Telegramme.

Der hundertste Geburtstag Manuel Garcias.

London, 18. März. Herr Manuel Garcia, ein ...

Tresden, 18. März. Leberchimmel- und ...

Die Militärdienstzeit in Frankreich.

Paris, 18. März. Die Deputiertenkammer nahm mit ...

